

## Protokoll Nr. 1 (2023-2027)

### der öffentlichen Sitzung des Beirats Vahr am 04.07.2023 im Bürgerzentrum Neue Vahr

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 21:00 Uhr

Anwesend waren:

a) vom Beirat	David Cyferkowski Jens Emigholz Dr. Tim Haga Petra Hoya Philipp Peters Jörg Schoolmann Dennis Waschitzek	Jens Diestelmann Ernst-Martin Exner Anja von Hagen Eva Mahlert Oliver Saake Bernd Siegel Helmut Weigelt
b) vom Ortsamt	Sarai Auras Ralf Möller	

Ralf Möller und Eva Mahlert bedanken sich eingangs bei Bernd Siegel, welcher sich in der neuen Wahlperiode nicht mehr zur Beiratssprecherwahl stellt, für sein Engagement im zwölfjährigen Amt als Beiratssprecher und seiner bislang 28-jährigen Tätigkeit im Beirat.

#### TOP 1: Verpflichtung der Beiratsmitglieder nach §21 BeiOG

Herr Möller verliest die Verpflichtungserklärung, die allen Beiratsmitgliedern vorab zugegangen war. Alle Beiratsmitglieder willigten damit ein, sich an die Verschwiegenheitsverpflichtung und an die gesetzlichen Vorgaben zu halten, die mit der Ausübung ihres Mandats verbunden seien. Anschließend stellt Herr Möller fest, dass alle Beiratsmitglieder die Verpflichtungserklärung unterzeichnet hätten.

Im Anschluss empfiehlt Ralf Möller die vorgelegte Tagesordnung um den neuen TOP „Einsetzung eines Regionalausschusses ´Rennbahngelände`“ als neuen TOP 6 zu ergänzen. Die Tagesordnung wird vom Beirat mit dieser Änderung genehmigt.

#### TOP 2: Beschluss zur Geschäftsordnung des Beirats Vahr nach §12

Zunächst weist Ralf Möller darauf hin, dass allen Beiratsmitgliedern mit der Einladung ein Entwurf zur Geschäftsordnung (GO) mit Ergänzungen aus dem Sondierungsgespräch<sup>1</sup> zugegangen sei. Anschließend habe die Fraktion der Grünen einen Änderungsantrag hierzu eingebracht.

Oliver Saake stellt den Antrag der Grünen-Fraktion zu einer doppelt quotierten Erstredner\*innenliste vor.<sup>2</sup> Die Ziele der Änderung der GO seien, zum einen Frauen vorrangig die Möglichkeit eines Redebeitrags einzuräumen, da weniger Frauen im Beirat vertreten seien und zum anderen Menschen vorrangig das Wort zu erteilen, die sich zu einem Thema noch nicht geäußert hätten.

Gemäß Frau Mahlert sei die SPD-Fraktion froh darüber, dass das Thema erneut aufgegriffen worden sei.<sup>3</sup> Ihre Fraktion unterstütze den Antrag, da es sich um eine einfache Möglichkeit handele, weibliche Teilnehmende und Erstredner\*innen zu stärken. Sie betont, dass es sich um keine harte Quotierung handele, sondern jede\*r zu Wort komme, auch kleine Fraktionen, nur ggfs. zu einem späteren Zeitpunkt.

Herr Dr. Haga sieht angesichts der sehr geringen Wahlbeteiligung ein ernstzunehmendes De-

---

<sup>1</sup> Dieses hat am 12.06.2023 mit den Vorsitzenden aller Fraktionen und dem Ortsamtsleiter in Vorbereitung auf die heutige Sitzung stattgefunden.

<sup>2</sup> Der Antrag ist dem Protokoll als **Anlage 1a** angefügt.

<sup>3</sup> Das Thema wurde erstmals in der Beiratssitzung am 16.03.2021 eingebracht, siehe [Protokoll Nr. 15](#).

mokratie-Problem. Er hält es für äußerst wichtig, die Demokratie zu stärken und die Erhöhung der Wahlbeteiligung immer erneut zum Thema zu machen. Dass unter den 14 Beiratsmitgliedern nur drei Frauen vertreten sind, sei nicht zufriedenstellend, aber auch nicht verwunderlich, da die meisten anderen Parteien kaum Frauen auf aussichtsreichen Listenplätzen aufgestellt hätten. Aus Sicht der CDU-Fraktion sollte daher eine Frau das Beiratssprecher\*innen-Amt übernehmen. Die von der Grünen-Fraktion vorgesehene Änderung der GO sieht Herr Dr. Haga als nicht demokratisch an. Das Prinzip der Rede und Gegenrede werde damit vollständig ausgehebelt. So könne nicht mehr direkt auf einen Redebeitrag reagiert werden. Zudem würden Frauen gezwungen, sich zuerst zu jedem Thema zu äußern.

Wie Herr Dr. Haga weiter ausführt, habe die Senatskanzlei bereits 2021 festgestellt: „Quotierte Redelisten stellen eine Beschränkung der Redefreiheit als Kernkompetenz der demokratisch legitimierten Beiratsmitglieder dar.“<sup>4</sup> Eine solche Beschränkung müsse vom Beirat einstimmig beschlossen werden, heiße es weiter in dem Schreiben. Zudem habe die Senatskanzlei in ihrem Schreiben darauf hingewiesen, dass eine nur nach Männern und Frauen quotierte Redeliste nicht mehr zeitgemäß sei, da mittlerweile eine dritte Option „divers“ rechtlich anerkannt sei.

Die CDU-Fraktion habe bereits 2021 auf die rechtlichen Probleme hingewiesen und vorgeschlagen, dass der Beirat sich abseits der GO die Selbstverpflichtung auferlege, die Wortbeiträge innerhalb der Fraktionen paritätisch zu verteilen. Dieser Vorschlag sei jedoch von den Fraktionen SPD und GRÜNE abgelehnt worden. Er hält diesen Antrag für reine Symbol-Politik und bittet daher die Grünen-Fraktion, ihren Antrag zurückzuziehen oder den Beirat, diesen Antrag abzulehnen.

Herr Emigholz stimmt den Ausführungen von Herrn Dr. Haga zu und merkt an, dass es sich um eine zusätzliche Herausforderung für die Sitzungsleitung handelte und die Gefahr von Formfehlern bestünde.

Oliver Saake erwidert, dass eine Stärkung der Frauen in den Beiräten helfe könnte, mehr Frauen auf die Listen zu bekommen. Frauen hätten in der Vergangenheit häufig ihre Redebeiträge zurückgezogen, da sie sich nicht wiederholen wollten. Es gäbe keine Einschränkung der Rederechte, lediglich eine Veränderung der Reihenfolge der Wortbeiträge. Den Antrag erhält seine Fraktion daher aufrecht.

Die Ortsamtsleitung berichtet, dass das Ortsamt die Senatskanzlei erneut um eine rechtliche Stellungnahme gebeten habe. Im Ergebnis sei die schriftliche Aussage vom 26.03.2021 weiterhin aufrechterhalten worden. In der 25. Sitzung (2021) der Bremischen Bürgerschaft habe sich auch der Staatsrat Ehmke zu einer quotierten Redner\*innenliste geäußert und in dem Kontext bei Einführung einer solchen Regelung ein Einstimmigkeitsprinzip als notwendig angesehen. Auf gezielte Rückfrage sei diese Aussage jedoch wie folgt relativiert worden: „Mehrheitlich müsste es ja in jedem Fall sein. Es gibt in Bremen keine Vorschrift, dass bestimmte Änderungen der GO ein Einstimmigkeitsprinzip erfordern.“ Herr Möller führt weiter aus, dass es bislang es kein Gerichtsurteil gebe, in dem ein Einstimmigkeitsprinzip festgelegt worden sei. Die Senatskanzlei habe angeboten, bei einem entsprechenden Mehrheitsbeschluss diesen auf seine Rechtmäßigkeit juristisch zu prüfen.

Herr Möller schlägt vor, im ersten Schritt über die GO mit dem Änderungsvorschlag der Grünen-Fraktion abstimmen zu lassen.

Auf Wunsch des Beirats lässt Ralf Möller stattdessen zunächst über den Entwurf der GO, ohne den Änderungsantrag der Grünen-Fraktion abstimmen:<sup>5</sup> Die GO wird einstimmig angenommen. Anschließend lässt er über den Änderungsantrag der Grünen-Fraktion abstimmen: Dieser wird bei acht Ja-Stimmen (Grüne, Linke, SPD) und sechs Gegenstimmen (BD, FDP, CDU) mehrheitlich angenommen.<sup>6</sup>

Herr Dr. Haga gibt zu bedenken, dass sich die GO möglicherweise im Nachhinein als rechtswidrig erweisen könne und in diesem Falle alle Beschlüsse neu gefasst werden müssten. Er rät an,

---

<sup>4</sup> Das vollständige Schreiben der Senatskanzlei ist dem [Protokoll Nr. 16](#) als Anlage 1 angefügt.; siehe [Antwort SK Quotierte Redeliste](#).

<sup>5</sup> Der Geschäftsordnungsentwurf ist dem Protokoll als **Anlage 1b** angefügt.

<sup>6</sup> Die GO in der beschlossenen Fassung ist dem Protokoll als **Anlage 1c** angefügt.

dass die neue GO erst nach Herstellung der Rechtssicherheit in Kraft treten solle.

Der Beirat einigt sich darauf, heute – bzw. bis eine rechtliche Klärung vorliegen wird – nach der neuen GO ohne Berücksichtigung des Änderungsantrags zu verfahren.

### **TOP 3: Bestätigung der Beiratstermine 2023**

Herr Möller berichtet, dass der Beirat Vahr in der Regel am zweiten Dienstag eines Monats tage. Der Koordinierungsausschuss (KoA) solle zur Vorbereitung der Sitzungen montags zwei Wochen zuvor um 18:30 Uhr tagen. Die vorgeschlagenen Beiratstermine und ergänzenden Terminfestlegungen des KoA seien den Mitgliedern mit der Einladung zugegangen.

Die vorliegenden Termine werden von allen Beiratsmitgliedern bestätigt.<sup>7</sup>

### **TOP 4: Einsetzung des Koordinierungsausschusses und Benennung der Mitglieder**

Im Vorfeld der heutigen Sitzung hätten sich die Fraktionen darauf verständigt, so Ralf Möller, Fachausschüsse mit sieben stimmberechtigten Mitgliedern einzusetzen. Aus dem Wahlergebnis ergebe sich an Hand des Auszählverfahrens „Sainte Lague/Schepers“ dass die Fraktionen von SPD und CDU jeweils zwei stimmberechtigte Mitglieder in die Fachausschüsse entsenden könnten und die Grünen, die Linke und Bündnis Deutschland (BD) jeweils ein Mitglied. Die FDP könne mit einem nicht stimmberechtigten Mitglied an den Sitzungen der Fachausschüsse teilnehmen. Nach derselben Methode ergäben sich die Zugriffsrechte der Fraktionen auf die Positionen der Fachausschusssprecher\*innen bzw. stellvertretenden Sprecher\*innen. Gewählt würden diese zu einem späteren Zeitpunkt von den Fachausschüssen selbst.

Wie Herr Möller weiter darlegt, sei ein Beschluss zur Einsetzung eines Koordinierungsausschusses zu fassen und die zu entsendenden Mitglieder von den Fraktionen zu benennen. Es gebe die Empfehlung, den Koordinierungsausschuss künftig auch als solchen zu bezeichnen, sich diese Begrifflichkeit auch im Ortsbeirätegesetz wiederfinde.

Als Mitglieder für den KoA seien folgende Personen vorgeschlagen worden:

- SPD: Anja von Hagen und Bernd Siegel
- CDU: Dr. Tim Haga und Dennis Waschitzek
- BD: Philipp Peters
- B90/Die Grünen: Oliver Saake
- Die Linke: Jörg Schoolmann
- FDP: Jens Emigholz als nicht stimmberechtigtes Mitglied

Herr Möller lässt sodann über die Einsetzung des Koordinierungsausschusses abstimmen: Der Beirat stimmt dem einstimmig zu.

### **TOP 5: Einsetzung des Bauausschusses und Benennung der Mitglieder**

Analog zum TOP 4 werde auch bezüglich des Bauausschusses verfahren, so Ralf Möller. Da der Bauausschuss aufgrund von Fristsetzungen für Bauanträge bereits morgen tagen werde, seien die Mitglieder dieses Ausschusses bereits von den Fraktionen benannt worden:

- SPD: Furkan Köle, Bernd Siegel
- CDU: David Cyferkowski, Dennis Waschitzek
- BD: Malte Peters
- B90/Die Grünen: Ernst-Martin Exner
- Die Linke: Nikolai Simson
- FDP: Jens Emigholz als nicht stimmberechtigtes Mitglied

Herr Möller lässt über die Einsetzung des Bauausschusses abstimmen: Der Beirat stimmt dem einstimmig zu.

---

<sup>7</sup> Die beschlossenen Termine sind dem Protokoll als **Anlage 2** angefügt.

## **TOP 6: Einsetzung eines Regionalausschusses „Rennbahngelände“**

Herr Möller teilt mit, dass der Beirat Hemelingen in seiner konstituierenden Sitzung am 29.06.2023 einstimmig den nachfolgenden Beschluss gefasst habe:

### *Einsetzung eines Regionalausschusses „Rennbahngelände“*

*Der Beirat Hemelingen beschließt gemäß § 24 (1) Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter die Einsetzung eines Regionalausschusses „Rennbahngelände“ und bittet den Beirat Vahr sich diesem Beschluss anzuschließen. Der Beirat Hemelingen entsendet sieben Personen in den Ausschuss.*

Dementsprechend lautet der Beschlussvorschlag für den Beirat Vahr wie folgt:

*Der Beirat Vahr beschließt gemäß § 24 (1) Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter die Einsetzung eines Regionalausschusses „Rennbahngelände“ und schließt sich damit dem Votum des Beirats Hemelingen an. Der Beirat Vahr entsendet sieben Personen in den Ausschuss.*

Oliver Saake, als ehemaliger stellvertretender Sprecher dieses Ausschusses, merkt an, dass die Entscheidungen über das Rennbahngelände beim Beirat Hemelingen lägen, die Empfehlungen oder Meinungen des Beirats Vahr in der Vergangenheit aber stets berücksichtigt worden seien. Er ziehe die Einsetzung eines Regionalausschusses der Durchführung von gemeinsamen Fachausschusssitzungen vor.

Der Beirat bedankt sich bei dem Beirat Hemelingen für das Angebot dieser Kooperation.

Herr Möller lässt über den oben aufgeführten Beschlussvorschlag abstimmen: Der Beirat stimmt diesem bei einer Enthaltung (BD) einstimmig zu.

## **TOP 7: Wahl der Mitglieder für den Controllingausschuss der Kinder- und Jugendförderung**

Herr Möller erklärt, dass die beiden stärksten Fraktionen (SPD und CDU) jeweils eine Person benennen könnten. Die CDU habe auf ihr Vorschlagsrecht zugunsten der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen verzichtet.

Von den Fraktionen der SPD und Grünen werden folgende Personen vorgeschlagen: Eva Mahlert und Ernst-Martin Exner.

Der Beirat bestätigt die Vorgeschlagenen einstimmig.

## **TOP 8: Wahl der Mitglieder für die Seniorenvertretung**

Wie Herr Möller ausführt, könne der Beirat zwei Vertreter\*innen im Alter ab 60 Jahren für die Seniorenvertretung benennen.<sup>8</sup> Die Zahl der Delegierten richte sich nach der Zahl der Einwohner\*innen im Stadtteil über 60 Jahren.

Vorgeschlagen seien gemäß Herrn Möller Heinz Gerkmann (CDU) und Ekkehard Grimm (SPD).

Der Beirat bestätigt die Vorgeschlagenen einstimmig.

## **TOP 9: Wahl der Mitglieder für das Wahlprüfungsgericht**

Mit dieser Legislaturperiode müssten die Beiräte erstmals Personen als Mitglieder des Wahlprüfungsgerichts benennen, so berichtet Ralf Möller. Dabei dürfe es sich nur um Beiratsmitglieder handeln. Jeder Beirat habe fünf Mitglieder und fünf stellvertretende Mitglieder zu benennen. Die Auswahl erfolge nach dem Verfahren „Sainte Lague/Schepers“. Somit könne die Fraktion der SPD zwei Personen und die Fraktionen der CDU, BD und Grünen jeweils eine Person benennen. Da die Fraktion BD nur mit einem Mitglied im Beirat vertreten sei, liege das sechste Zuschlagsrecht bei der CDU-Fraktion.

---

<sup>8</sup> Weitere Informationen können der **Anlage 3** entnommen werden.

Folgende Personen seien vorgeschlagen worden:

- Petra Hoya, Stellvertretung: Dennis Rudolf Waschitzek, zweite Vertretung: Dr. Tim Haga (Fraktion mit sechstem Zuschlagsrecht gemäß „Sainte Lague/Schepers“);
- Helmut Weigelt und Jens Diestelmann, Stellvertretung: Eva Mahler und Anja von Hagen;
- Oliver Saake, Stellvertretung: Ernst-Martin Exner;
- Philipp Peters.

Der Beirat bestätigt die vorgeschlagenen Personen einstimmig.

### **TOP 10: Beschluss zur Einrichtung einer Beirätekonferenz nach §24 Abs. 2**

Ralf Möller erinnert daran, dass nach § 24 Ortsbeirätegesetz („Beiratsübergreifende Zusammenarbeit“) die Möglichkeit bestehe, mit einfacher Mehrheit der Beiräte „eine Beirätekonferenz zur Koordinierung der Interessen aller Beiräte“ einzusetzen.

Er schlage deshalb vor, wie folgt zu beschließen:

*Der Beirat Vahr beschließt gemäß § 24 Abs. 2 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter die Bildung einer Beirätekonferenz zur Koordinierung der Interessen aller Beiräte.*

Der Beirat schließt sich diesem Vorschlag einstimmig an.

### **TOP 11: Verschiedenes**

Ein Anwohner der Vahr merkt an, dass es ihm nicht möglich sei, mit dem Rollstuhl einen Ausflug in die Wümmewiesen zu unternehmen, da sich dort keine Lademöglichkeiten befänden; für Elektroautos gebe es jedoch ein gut ausgebautes Lade-Netz. Ralf Möller entgegnet, dass dieses Thema nicht in der heutigen Sitzung, aber zu einem späteren Zeitpunkt aufgegriffen werden könne. Die Wümmewiesen befinden sich jedoch nicht im Zuständigkeitsbereich des Beirats Vahr.

Bernd Siegel berichtet, dass in der Vahr zahlreiche Bereiche mit einem Zonenhalteverbot für Lkw mit einer zulässigen Gesamtmasse über 7,5 t für die Zeit von 22 bis 6 Uhr ausgewiesen seien. Aufgrund vieler Bürger\*innenbeschwerden sei das Zusatzzeichen 1040-32 (Parkscheibe 1 Std.) auf Wunsch des Beirats vom Amt für Straßen und Verkehr entfernt worden. Damit biete sich für die Polizei eine bessere Kontrollmöglichkeit. Er bittet das Ortsamt, den Wunsch des Beirats einer verstärkten Überwachung an die Polizei heranzutragen, im Schwerpunkt in der Kurt-Schumacher-Allee zwischen Karl-Kautsky-Straße und Eduard-Bernstein-Straße stadteinwärts.

Ralf Möller kündigt folgende Termine an:

- Mittwoch, 05.07.23: Nicht öffentliche Bauausschusssitzung und Informationsveranstaltung für Beiratsmitglieder
- Montag, 14.08.23: Nicht öffentliche Koordinierungsausschusssitzung
- Dienstag, 22.08.23: Nächste Beiratssitzung

Sitzungsleitung

Möller

Protokoll

Auras